Einblicke

Oktober / November 2025

Berichte aus Fraktionen der Linken
im Landkreis Teltow-Fläming
www.dielinke-tf.de/kreistagsfraktion

Teltow-Fläming

Neues aus dem Kreistag

Auf der Kreistagssitzung Ende September gab es wieder so einige berichtenswerte Dinge. Nachfolgend findet sich eine unvollständige Zusammenfassung.

Maritta Böttcher verabschiedet

In persönlichen Worten würdigte der Kreistagsvorsitzende unser Fraktionsmitglied Maritta Böttcher, die am 31. August 2025 ihr Kreistagsmandat niedergelegt hatte. Maritta Böttcher war Kreistagsmitglied der ersten Stunde. Seit dem 20. Dezember 1993 war sie ununterbrochen Mitglied im Kreistag Teltow-Fläming und damit zuletzt die Dienstälteste im Kreistag. Danny Eichelbaum sprach über Maritta Böttcher anerkennend und lobend: Weitblick und Stimme für soziale Politik zeichne sie aus, sie war und sei Herz und Stimme der Menschen der Region. In dem Zusammenhang wurde Max Zauber als Nachrücker für Maritta Böttcher im Kreistag begrüßt.

Beigeordnetenwahlen

Die jetzige Erste Beigeordnete Kirsten Gurske (parteilos) geht Anfang nächsten Jahres in den Ruhestand, damit war die Stelle neu auszuschreiben. Hierzu gab es ein ordentliches Bewerbungsverfahren. hierzu gab es auch eine Sondersitzung des Kreistages im zurückliegenden Juli. Nach Bestenauslese wurde dem Kreistag dann von der Landrätin dann mit Michael Grunst (SPD) der beste Bewerber zur Wahl vorgeschlagen. In geheimer Wahl erhielt Michael Grunst von 48 anwesenden Kreistagsmitgliedern 30 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen. Im ersten Wahlgang war eine absolute Mehrheit erforderlich, die bei 29 Stimmen liegt. Damit war Michael Grunst im ersten Wahlgang gewählt. Die Ernennung des neuen Ersten Beigeordneten soll zum 01.02.2026 für die Dauer von acht Jahren erfolgen. Bei der weiteren Beigeordnetenstelle warb die derzeitige Stelleninhaberin Dietlind Biesterfeld in einer kurzen Rede um das Vertrauen des Kreistages für eine zweite Amtszeit. Sie gab dabei eine Bilanz ihrer ersten Amtszeit und auch einen Ausblick auf aus ihrer Sicht kommende Aufgaben. Der Kreistag hätte von der öffentlichen Ausschreibung (und dem damit automatisch folgenden Wahlgang zur Wiederwahl Frau Biesterfelds) absehen können. Für diesen Beschluss wäre die absolute Mehrheit des Kreistages erforderlich gewesen, also 29 Stimmen. Es gab jedoch nur 20 Ja-Stimmen dafür. Maßgebliche Nein-Stimmen gab es aus den Fraktionen der CDU/BV/FDP/VUB, der AfD und BVB/FW. Damit war klar, dass eine öffentliche Ausschreibung dieser Beigeordnetenstelle erfolgen müsse und sich so die Wiederwahl der Beigeordneten vorerst erübrigt hatte.

Landrätin Kornelia Wehlan, Maritta Böttcher, Kreistagsvorsitzender Danny Eichelbaum und Fraktionsvorsitzender Felix Thier (v. l. n. r.)

Foto: M. Zauber

Foto: J. Klemt

Max Zauber ist seit dem 1. September 2025 Mitglied des Kreistages.

Ausweichquartier für die Oberschule Ludwigsfelde

Die Vergabe zur Lieferung und Errichtung eines Ausweichquartiers für die Oberschule Ludwigsfelde musste aufgrund von Problemen mit dem früheren Auftragnehmer erneut vorgenommen werden.

Der Kreistag beschloss am 26.02.2024, die erforderliche Oberschule in Ludwigsfelde vorerst auf dem kreiseigenen Grundstück des Oberstufenzentrums Teltow-Fläming, Am Birkengrund zu errichten und die erforderlichen finanziellen Mittel für den Erwerb eines mobilen Schulbaus bereitzustellen. Am 29.04.2024 wiederum beschloss der Kreistag dann die erforderliche Leistung zur Herstellung/Lieferung entsprechender Raummodule an einen Auftragnehmer zu vergeben.

Der besagte Auftragnehmer hatte jedoch Lieferschwierigkeiten und wurde nach mehrmaliger Nachfristsetzung daraufhin gekündigt. Der Landkreis Teltow-Fläming schrieb daraufhin die Lieferung und Errichtung einer Raummodulanlage für die Oberschule Ludwigsfelde am Standort des Oberstufenzentrum Teltow-Fläming in Ludwigsfelde erneut aus und so befasste sich der Kreistag schon wieder mit der Vergabeentscheidung. Der Kreistag votierte in namentlicher Abstimmung mit 41 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und sechs Enthaltungen für die Beschlussvorlage.

Felix Thier (r.) gratulierte im Namen unserer Fraktion dem frisch gewählten Ersten Beigeordneten des Landkreises, Michael Grunst.

Foto: M. Zauber

ÖPNV zur Pflichtaufgabe machen

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) stellt eine zentrale Säule der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Dies wird bereits im Paragraf 1 des Regionalisierungsgesetzes des Bundes deutlich, wonach die Sicherstellung einer

Fortsetzung auf Seite 2

ausreichenden Verkehrsbedienung im ÖPNV als Aufgabe der Daseinsvorsorge gilt. Die Umsetzung dieser Aufgabe erfolgt durch das jeweilige Landesrecht. Im Land Brandenburg ist der kommunale ÖPNV jedoch bislang lediglich als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte definiert (Paragraf 3 ÖPNV-Gesetz Brandenburg). Es ist daher überfällig, eine Änderung dieser Rechtssituation zu initiieren. Eine Umwandlung der freiwilligen Aufgabe in eine Pflichtaufgabe ist rechtlich möglich und sachlich geboten. Es handelt sich dabei nicht um eine originär neue Aufgabe, sondern um die längst überfällige rechtliche Anerkennung ihrer Bedeutung. Denn die gegenwärtige Regelung führt zu einer landesweiten Ungleichbehandlung von Angebot und Qualität des ÖPNV. Diese hängen stark vom jeweiligen politischen und finanziellen Handlungsspielraum einzelner Kommunen ab. Das hat zur Folge, dass gleiche Lebensverhältnisse im Land nicht gewährleistet werden können. Eine verbindliche Pflichtaufgabe mit landesweit geltenden Mindeststandards würde dieser Entwicklung entgegenwirken und die Last der Verantwortung gerechter verteilen. Den entsprechenden Beschlussvorschlag nahm der Kreistag einstimmig an. Hoffentlich erinnern sich daran auch die Kreistagsmitglieder der SPD, die dem zustimmten und gleichzeitig im Landtag über die SPD-BSW-Koalition mitregieren …

Felix Thier, *Vorsitzender der Kreistagsfraktion*

Luckenwalde

Neues aus dem Stadtparlament

Kinderärztliche Versorgung in Luckenwalde: Luckenwalder Stadtparlament bemüht sich aktiv um Verbesserung der Lage

Auf dem Papier ist der Landkreis Teltow-Fläming mit Kinderärzt*innen überversorgt. Im Fall von Kinderärzt*innen hat die kassenärztliche Vereinigung festgelegt, dass sich deren Zuständigkeitsregion an den Grenzen der Landkreise ausrichtet.In unserem Fall ballen sich viele Ärzt*innen im Norden Teltow-Flämings, während im Süden ein Mangel herrscht.

Der Knackpunkt: Durch die theoretische Überversorgung werden geschlossene Praxen nicht nachbesetzt. Wird im Süden also ein Standort geschlossen, müssen die Menschen bis in den Norden reisen, um ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen zu können.

Das ist fatal. Mit einem Kind mit 40 Grad Fieber aus dem Süden Teltow-Flämings bis nach Blankenfelde-Mahlow fahren zu müssen, ist eine Zumutung! Solche Fälle gehen eher alle wieder zusätzlich in die Notaufnahmen der Krankenhäuser und die Überlastung dieses Personals steigt drastisch an.Im Ergebnis besteht also dringender Handlungsbedarf. Kinderärzt*innen zu finden, ist auf dem aktuellen Stellenmarkt quasi die Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Daher will die Stadt Luckenwalde der MVZ Richter Luckenwalde GmbH bis zu 30.000 EUR zweckgebunden zur Verfügung stellen. Mit dem Geld soll ein auf medizinische Berufe ausgerichtetes Personalberatungsunternehmen beauftragt werden, einen ambulant tätigen Kinderarzt bzw. eine Kinderärztin oder Allgemeinmediziner*in mit dem Schwerpunkt Pädiatrie/Kinderheilkunde für Luckenwalde zu gewinnen.Damit leistet die Stadt bzw. die hiesige Kommunalpolitik einen wichtigen und ihr möglichen Beitrag zur Entspannung der Lage. Am Grundproblem der medizinischen Versorgung ändert sich leider wenig. Wir bleiben dabei: Gesundheit ist keine Ware! Man soll damit kein Geld verdienen, medizinische Versorgung soll sich nicht rechnen müssen. Die Stadtverordneten votierten zur Beschlussvorlage einstimmig mit Ja.

Blick in den Sitzungssaal des Luckenwalder Rathauses

Aktueller Stand Bauprojekt BURG

Jüngst gab es im Bauausschuss zur BURG einen Bericht vom Geschäftsführer des städtischen Wohnungsunternehmens DIE LUCKENWALDER.

Klar ist, dass es einen Bauverzug gibt. Das lag zum großen Teil daran, dass mit dem Gerüstbauer gleich zu Beginn ein wesentlicher Akteur durch Insolvenz abhandenkam. Explodierende Baupreise machten Planänderungen nötig, auch der Fördermittelgeber wünschte sich Umplanungen.

Die gute Nachricht: Alles in allem brachten die Umplanungen und Ersparnisse bei Vergaben rund 2,2 Mio. EUR geringere Kosten. Aktuell stünden diese bei 45,5 Mio. EUR, im Jahr 2022 ging man noch von 47,7 Mio. EUR aus. Die schlechtere Nachricht: Durch den Bauverzug ist mit den ersten fertigen Wohnungen erst im Frühsommer 2026 zu rechnen. Das gesamte Objekt, also inklusive aller Außenanlagen, soll 2027 fertig sein. Auf die 193 geplanten Wohnungen bewerben sich mit Stand Anfang September über 340 Interessierte. Es hätten aber noch keine Mietvertragsabschlüsse stattgefunden, so die Info.

Turmfest – wie weiter?

Zum Turmfest haben wir schon mehrmals öffentlich Position bezogen und bleiben dabei: Wir wollen das Turmfest erhalten, haben aber Kritik daran und bringen diese konstruktiv ein. Beim Festprogramm, der Qualität der Schausteller und ihrer Waren bis hin zum Gastro-Angebot – überall ist Luft nach oben. Für uns ist die Generalagentur zur Durchführung des Turmfestes nicht dauerhaft gesetzt. Es braucht Bestenauslese, dazu gehören regelmäßige Ausschreibungen. Hierzu muss klar sein, wie und welche Art Turmfest die Stadt will. Der neue Bürgermeister muss hier Impulse setzen und braucht dafür Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung.

In eigener Sache

Andreas Krüger vom Bauernverband hat auf eigenen Wunsch unsere Fraktion verlassen. Den Fraktionswechsel hat er am 3. Oktober dem Stadtverordnetenbüro und am 7. Oktober dem Vorsitzenden seiner bisherigen Fraktion mitgeteilt. Über die daraus resultierende Neuzusammensetzung von Ausschüssen wird die Stadtverordnetenversammlung geplant am 14. Oktober entscheiden. Auf das durch seine Mitgliedschaft in unserer Fraktion erhaltene Mandat im Aufsichtsrat der städtischen Wohnungsgesellschaft wird Andreas Krüger voraussichtlich nicht verzichten. Es besteht für unsere Fraktion keine Handhabe, dies von ihm gegen seinen Willen zurückzuerhalten.

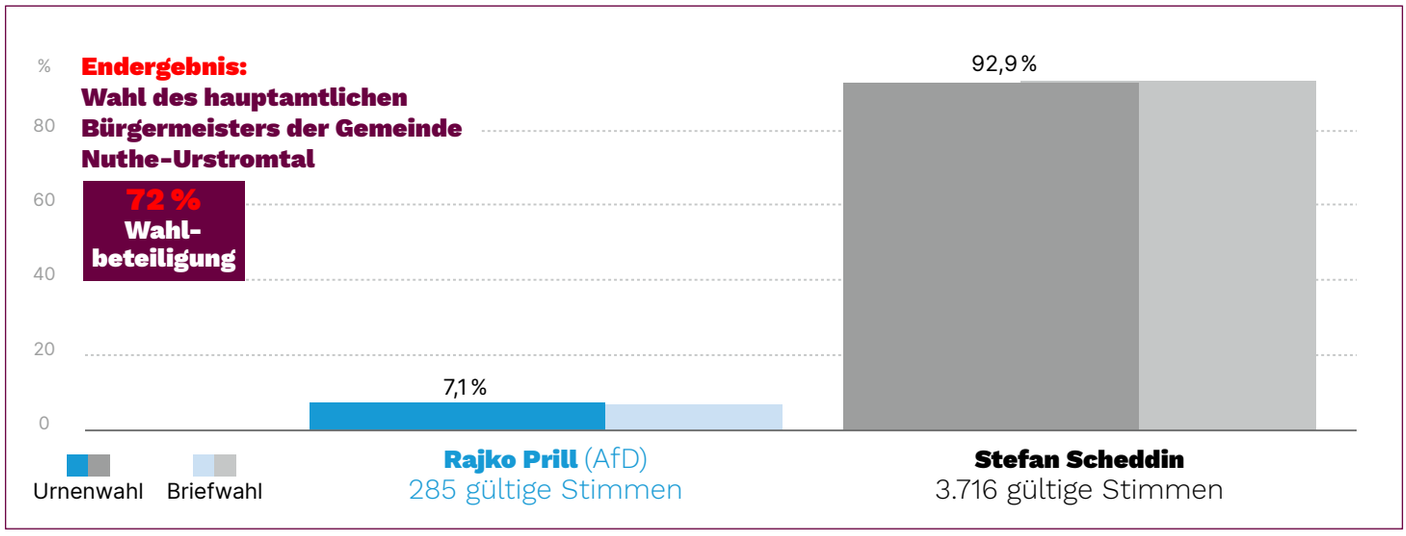
Wir danken Andreas Krüger an der Stelle für die Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren und wünschen ihm alles Gute auf seinem neuen politischen Weg.

Die Fraktion hat sich auf ihrer jüngsten Sitzung darauf verständigt, zukünftig den Namen »Die Linke/LÖS« zu führen.

Felix Thier, *Vorsitzender der Fraktion Die Linke/LÖS*

Nuthe-Urstromtal

Nuthe-Urstromtal stimmt für Fortsetzung



Nuthe-Urstromtal hat gewählt und sich mit überwältigender Mehrheit für den amtierenden, parteilosen Bürgermeister Stefan Scheddin entschieden.
An der Wahl am 28. September beteiligten sich von gut 5.600 Wahlberechtigten rund 4.000, was einer Wahlbeteiligung von rund 72 Prozent entspricht. Von ihrem Recht auf Briefwahl machten 16 Prozent der Wahlberechtigten Gebrauch. Im Ergebnis erhielt der Herausforderer Rajko Prill von der AfD 7,1 Prozent der Stimmen, auf den Amtsinhaber entfielen 92,9 Prozent. Nur in drei von insgesamt 25 Wahllokalen in der gesamten Gemeinde erhielt Stefan Scheddin weniger als 90 Prozent Zustimmung (Felgentreu 81 Prozent, Lynow 79 Prozent, Ruhlsdorf 84 Prozent), in allen anderen Wahllokalen lag sein Ergebnis immer über 90 Prozent. Bei rund 93 Prozent Zustimmung in der ganzen Gemeinde bedarf es eigentlich keiner Worte, das Ergebnis spricht für sich.
Die Einwohner*innen von Nuthe-Urstromtal sprechen von »unserem Bürgermeister«. Er ist einer von uns, der mit seiner Verwaltung für uns arbeitet und streitet und mit uns die Probleme im Rahmen der Möglichkeiten löst. Die dabei erzielten Leistungen in der Gemeinde können sich sehen lassen. Sein Fleiß, seine Offenheit und Bürgernähe wurden mit der Wahl honoriert. Wenn Miteinander so funktioniert, hat die Festigung der Demokratie eine Chance.

Monika Krause,
Nuthe-Urstromtal

Ludwigsfelde

Zum Baugeschehen und zur Stadtverordnetenversammlung am 14.10.2025

Das Baugeschehen in unserer Stadt bestimmt auch weiterhin maßgeblich die Kommunalpolitik. Allein zehn der 14 Beschlussvorlagen in der kommenden Stadtverordnetenversammlung befassen sich mehr oder weniger mit Bauthemen.
Unter anderem werden zwei Petitionen behandelt. In einer der beiden geht es um die Schaffung von Bauland im Ortsteil Kerzendorf. Die Beschlussvorlage empfiehlt, diese Petition abzulehnen, da zum einen das vorhandene Potential vor Ort noch gar nicht ausgeschöpft sei und zum anderen Kerzendorf einer der Ortsteile mit der niedrigsten Infrastruktur in der Stadt ist, so dass weitergehendes Wohnbaugeschehen nicht wünschenswert wäre. Die zweite Petition, die das Bebauen des alten Bauhofes der Märkischen Heimat betrifft, liegt nicht in der Zuständigkeit der Stadt und soll an den Landkreis weitergeleitet werden.
Ein weiterer Punkt ist die Planung des Fuß- und Radweges der Ludwigsdorf über die Oder- und die Donaustraße an die August-Bebel-Straße anbinden soll. Hierbei gibt es zum einen Konfliktpotential in der Oderstraße, die damit erstmals grundhaft ausgebaut werden würde und somit beträchtliche Kosten für die Anwohner entstehen. Zum anderen soll die Donaustraße auch lediglich mittels Geh- und Radweg angebunden werden. Dabei wäre der Ausbau dieser Straße gerade zur Entlastung der Friedrich-Engels-Straße – einer Straße, wo sich zwei Kitas und zukünftig ein Altersheim befinden – dringend notwendig.
Die Planung der beiden Parkhäuser in der Albert-Schweitzer-Straße wäre mit dem Beschließen der Vorlage zum Bebauungsplan auch abgeschlossen und könnte umgesetzt werden. Im Rahmen dieses Projekts wäre die Schaffung von 100 neuen Wohneinheiten verbunden. Für das gleiche Wohnviertel würde die Planung der Aufstockung vorhandener Wohnbebauung abgeschlossen – auch hiervon wären 21 Wohneinheiten betroffen.
Im Industriepark sollen die letzten nicht beplanten und bebauten Flächen überplant werden. Hiermit wären die Zukunftsfähigkeit und Erweiterbarkeit des für Ludwigsfelde so wichtigen Industriegebietes abgesichert.
Abseits von Bauvorhaben wird zur Sitzung der Bildungs- und Betreuungsbericht 2025 vorgestellt. Aus diesem wird deutlich, dass die Stadt Ludwigsfelde bis 2030 auf ca 31.500 Menschen anwachsen wird. Besonders betroffen sind hierbei die Altersgruppen unter 15 Jahren und über 80 Jahren. Was die Anzahl der Hort- und Kitaplätze betrifft, ist die Stadt schon jetzt gut aufgestellt. Es besteht ein realer Fehlbedarf von 253 Plätzen, wobei ein großer Teil davon nicht aus fehlenden Plätzen an sich, sondern aus dem Mangel an Betreuungspersonal resultiert.

Silvio Pape,
Vorsitzender der Fraktion Die Linke/FiLu

Blick in die Turnhalle
mit neuem Bodenbelag

Foto: D. Schulze

Am Mellensee

Bericht aus der Gemeindevertretung

Als Vorsitzende des Bauausschusses der Gemeinde Am Mellensee sehe ich es als meine Aufgabe, Missstände nicht nur zu benennen, sondern auch aktiv Lösungen voranzutreiben. Ein besonders dringlicher Fall war die Sanierung der Turnhalle in Sperenberg. Ursprünglich war im Haushalt lediglich die Erneuerung der Beleuchtung vorgesehen – der stark beschädigte Fußboden jedoch sollte unberührt bleiben. Dabei war die Situation längst kritisch: Die Turnhalle stand kurz vor der Sperrung, was gravierende Folgen für den Schul- und Vereinssport gehabt hätte. Um allen Beteiligten die Dringlichkeit bewusst zu machen, habe ich die Sitzung des Bauausschusses direkt in die Turnhalle verlegt. Der desolate Zustand vor Ort sprach für sich. Plötzlich war klar: Es geht hier nicht nur um eine neue Lampe, sondern um die grundsätzliche Nutzbarkeit und Sicherheit der gesamten Halle. Die einzige Hürde, die gegen eine umfassende Sanierung sprach, war der Haushalt. Doch wenn eine Einrichtung kurz vor der Schließung steht, muss politisches Handeln Priorität haben. Durch das positive Votum des Bauausschusses hat die Gemeindevertretung schließlich beschlossen, dass die Sanierungen – sowohl die Deckenbeleuchtung als auch der Fußboden – noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Das ist ein wichtiges Signal für unsere Gemeinde und ein Erfolg für alle, die sich für den Erhalt und die Verbesserung unserer öffentlichen Infrastruktur einsetzen. Nachdem der Haushalt im August beschlossen wurde, konnte im September die Sanierung der Turnhalle durchgeführt werden. Nun steht sie wieder sicher und modernisiert zur Verfügung – für unsere Kinder, unsere Vereine und das gesellschaftliche Leben in Sperenberg.

Doreen Schulze,
Mitglied der Gemeindevertretung

Blankenfelde-Mahlow

Gemeindevertretung ist wohl nicht immer vergnügungssteuerpflichtig …

Das kennen sicher viele: Immer wieder quälen uns die gleichen Akteur*innen mit immer den gleichen Diskussionen, ohne neue Argumente – und das zieht die Sitzungen in die Länge, ohne entsprechende Ergebnisse zu erreichen. So lief wieder einmal unsere jüngste Sitzung der Gemeindevertretung ab, die dann wegen Zeitablauf abgebrochen werden musste. An einem Sondertermin wurde dann die Tagesordnung zu Ende abgearbeitet. Da wurde endlos diskutiert über einen Antrag der Fraktion Freie Wählergruppe (Freie WG) zur Errichtung eines Schulcampus (Grundschule, Gemeinschaftsschule, Sporthalle, Schwimmhalle …), welcher schon mindestens einmal abgelehnt wurde. Wir hatten stattdessen die Beantragung einer Gesamtschule beim Landkreis beschlossen (Wir warten allerdings schon sehr lange auf eine Entscheidung von dort.). Am Ende stimmten nur die Einreicher, die AfD und einige wenige Gemeindevertreter*innen dafür – wieder einmal abgelehnt. Aber die Zeit war auch weg.
Zeitraubend sind ebenso lange – von Unwissen geprägte – Diskussionen gegen die vorgelegte Kommunale Wärmeplanung, vor allem aus der AfD-Fraktion heraus. Beängstigung durch die Elektrifizierung und die geplante »Abschaltung« der Gasleitungen und Unterstellung an die Ersteller dieses Berichtes, sie würden durch Stromkonzerne finanziert und, und, und. Am Ende wurde dieser Bericht doch mit 20 zu neun Stimmen beschlossen, wieder gegen die Stimmen der AfD und die Freie WG. Hierzu hatte die AfD dann noch die namentliche Abstimmung verlangt.
Schon in der Fragestunde fiel die AfD erneut durch ihre Fragen unangenehm auf. Da wurde kritisiert, dass der Bürgermeister über das anlassbezogene Hissen der Regenbogenflagge berichtete und das Hissen der Deutschlandfahne vermisst und eingefordert wurde. Und dass bei den Flyern und Plakaten zum gemeindlichen Einheitsfest eben genau die Fahne vermisst werde (»Geniert sich die Gemeinde?«). Mit diesen Dummheiten wird mir, wird uns unsere Lebenszeit beschnitten … Und wenn das dann deutlich ausgesprochen wird, gibt es einen Rüffel vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung (Freie WG) mit der Aufforderung des wertschätzenden Umgangs in der Sitzung.
Hier noch ein Beispiel: in einer der letzten Sitzungen gab es den Antrag der AfD zum Verbot der Nutzung der gendergerechten Sprache in Veröffentlichungen der Gemeinde und offiziellen Schreiben. Auch hierzu wurde lang und breit diskutiert mit den üblichen Argumenten, natürlich besonders aus den Reihen der AfD. Dieser Antrag wurde ebenfalls mehrheitlich abgelehnt. Aber es war wieder einmal eine nervige Diskussion mit und gegen Ignoranten.

Eines steht fest:
Ich freue mich auf inhaltlich interessantere und ergebnisorientiertere Sitzungen der Gemeindevertretung und bleibe hoffnungsvoll.

Angelika Tepper,
Fraktionsvorsitzende

Angelika Tepper im Sitzungsaal
der Gemeindevertretung vor
Beginn der Sitzung

Foto: privat

Impressum

Herausgeber: Die Linke Kreisverband Teltow-Fläming · V. i. S. d. P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 09. Oktober 2025
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern
Auflage: 1.400 · Oktober 2025, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.